

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1842**

144 (6.9.1842)

Ein Abonnement besteht auf 25 Nummern und kostet 40fr. Durch die Post bezogen für Baden 48 fr. Die Bestellungen sind für jedes folgende Abonnement zu erneuern.

# Landtags-Zeitung.

Man abonniert bei dem nächstgelegenen Postamte in Karlsruhe bei Malisch und Bogel, von welchem das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 144.] Verhandlungen der II. Kammer der badischen Stände im Jahre 1842. [6. September.]

Herausgegeben von den Abgeordneten

Bassermann, Bissing, v. Ihstein, Kuenzer, Martin, Hindeschwender, Sander, Welcher und Weller.

Redigirt von dem Abg. Karl Mathy. — Druck von Malisch und Bogel in Karlsruhe.

54ste öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

(Fortsetzung.)

Geh. Ref. Eichrodt fährt fort:

Die Regierung hat mit Rücksicht auf den §. 7. der Instruktion diese und ähnliche Artikel zurückgewiesen; denn in jenem Paragraphen heißt es: polemische Erörterungen über solche Gegenstände sollen nur in besonders dazu geeigneten Zeit- und anderen Schriften, nicht aber in den gewöhnlichen Zeit- und Tageblättern, namentlich auch nicht in Schriften, die unter die Jugend kommen, gestattet seyn. — Die Regierung hat ferner einen Auffas über die angebliche Beaufsichtigung der Geistlichen durch die Gendarmerie zurückgewiesen, worüber ich nichts weiter sagen will, als daß der Inhalt der betreffenden Anordnung nicht mehr existirt. Es war lediglich ein Mißverständnis, und ich könnte im Interesse der Sache selbst nur in geheimer Sitzung nähern Aufschluß über diesen Gegenstand geben (Bassermann: Das ist ein böses Omen!). Nein! was die Regierung in dieser Hinsicht gethan hat, wird ihr nur Ehre bringen; sie hat die Geistlichen niemals unter die Aufsicht der Gendarmerie gestellt. Es war ein Mißverständnis von Seiten einer Behörde, und wie die Sache zur Kenntniß des Ministeriums kam, wurde sie zurückgenommen. — Was nun den weiteren Punkt in Betreff der Erlassung einer Instruktion an den Censor in Freiburg betrifft, so wird die Kammer auch darin der Regierung vollkommen recht geben. Es war nämlich damals leider eine Zeit des künstlich hervorgerufenen Zwiespaltes, wo man Schriften über die kath. Zustände in die badische Welt schleuderte, Schriften, die in Regensburg gedruckt waren und die Absicht hatten, Unfrieden unter den verschiedenen Konfessionen zu erzeugen. Ein hochgeachteter Staatsmann schrieb eine Entgegnung, die selbst unter die Mitglieder dieses Hauses vertheilt wurde. Um nun ferneren Anlässen zu Zerwürfissen vorzubeugen, fand die Regierung angemessen, eine Verfügung an die Censoren, bloß als Ermahnung zur schärfern Anziehung des Art. 7 der Censur-Instruktion, nur als vorübergehende Maßregel zu erlassen; wenn der Anlaß zu derselben verschwunden ist, wird sie wieder zurückgenommen und die Censur in Beziehung auf religiöse Angelegenheiten geübt werden können, wie bisher.

Hecker fragt, ob es wirklich richtig sei, daß ein Cirku-

lar nicht existire, wonach die Geistlichen hinsichtlich ihrer Gesinnungen überwacht werden sollen.

Geh. Ref. Eichrodt erklärt, daß eine solche Instruktion keineswegs existire.

v. Ihstein. Der Hr. Regierungskommissär hat mit der Erklärung begonnen, daß im Jahr 1839 die Regierung sich nicht habe entschließen können, das zugesicherte Geheiß vorzulegen, weil einem Gesetze, wie es die Kammer wünsche, die Beschlüsse des Bundes entgegenstehen, ein Gesetz dagegen, welches die Regierung geben könnte, der Kammer nicht angenehm seyn würde. Ich bedaure, daß die Regierung von dieser Ansicht ausgegangen ist; denn man hat sich von Seiten der Kammer darauf beschränkt — statt ein größeres Recht zu fordern, wozu sie befugt war — um ein Gesetz zu bitten, wonach wenigstens für innere Angelegenheiten durchaus keine Censur bestehen sollte. Man hat sogar gebeten, die Regierung möge ein Provisorium erlassen, allein auch dieses ist nicht erfolgt. Ich kann daher nur beklagen, daß die Regierung in dem Glauben ist, mit einer Kammer kein Gesetz zu Stande bringen zu können, welche ihre gerechten größern Ansprüche bis auf den Punkt ermäßigt hat, daß es wenigstens den Bürgern vergönnt seyn sollte, über ihre innern Angelegenheiten zu sprechen; daß sie nicht an dem Austausch der Ideen gehindert seien, der nothwendig ist, um die Gesetze näher zu prüfen, ihre Anwendung einer Beurtheilung zu unterwerfen, so wie die Wünsche des Volks und seine etwaige Unzufriedenheit mit dieser oder jener Bestimmung an den Tag zu bringen. Die Regierung hat sich bloß auf eine Instruktion beschränkt. Sie erschien, als der gegenwärtige Hr. Präsident des Ministeriums des Innern seine Stelle antrat. Man hat sich darüber gefreut, als über ein Zeichen, daß die Regierung geneigt sei, wenigstens Einiges von dem zu gewähren, was uns von Gott und Rechts wegen gebührt; leider aber hat man auch gesehen, daß diese Instruktion nicht beobachtet wird. Ich könnte, wenn ich auf Spezialitäten eingehen wollte, Artikel aufweisen, die auf die einfachste und würdigste Weise die innern Angelegenheiten besprechen, aber gleichwohl gestrichen wurden. Ich könnte Artikel aufweisen, welche das Frankfurter Journal aufgenommen hat, das unter den Augen des Bundes erscheint und gewiß sorgfältig bewacht zu werden pflegt, welche Artikel aber unsere Blätter nicht aufnehmen durften. Man wird mir freilich dagegen einwenden, die Censoren seien verschiedener Ansicht; allein

eben das ist das Schlimme, daß solche Einrichtungen bestehen, wonach man der Willkühr Preis gegeben ist. Aus der neuesten Zeit kann ich beweisen, daß in der Karlsruher Zeitung Äußerungen eines Mitgliedes in dieser Kammer aufgenommen worden sind, während sie in dem Landtagsblatt gestrichen wurden. Was entsteht hieraus und was kann hieraus entstehen, wenn auf solche Weise die freie Gedankenmittheilung gehemmt wird? Glauben Sie wohl, daß durch solche Maßregeln das Vertrauen des Volkes zu der Regierung wachse? Halten Sie das Volk für so beschränkt, daß es nicht zur Besinnung darüber gekommen sei, es gebühre ihm das Recht, seine Gedanken frei auszusprechen? — Man verweist uns auf den traurigen Weg des Recurses; ich sage, den traurigen Weg; denn das wird der Herr Regierungskommissär selbst zugeben, daß es nichts hilft, wenn für einen Aufsatz, der in dem Augenblick gestrichen wird, wo seine Veröffentlichung nothwendig scheint, die Druckerlaubnis nach mehreren Wochen erfolgt. Ich gehe nunmehr zu den Commissionsanträgen über und unterstütze sie beide; namentlich auch die Bitte, daß die Regierung bei dem Bund dahin wirken möge, daß er endlich gewähre, was uns die Bundesakte zusichert, nämlich Freiheit der Presse. — Bei der Gründlichkeit, womit sowohl der Antragsteller wie der Berichterstatter die Sache behandelt haben; ferner im Hinblick auf die zahlreichen Verhandlungen, die hier über diesen Gegenstand schon statt fanden, so wie auf die Masse von Schriften, die über diesen, allerdings hochwichtigen Gegenstand erschienen sind, kann ich mich kurz fassen. Ohnehin wird, wie ich nicht zweifle, die ganze Kammer nur eine Gesinnung darüber befehlen, daß uns die freie Presse gebühre. Es wird dieselbe Gesinnung das Volk durchdrungen haben, wenigstens jeden Mann, der nur einigermaßen Bildung besitzt und zu erkennen vermag, was dem Bürger gebührt. Ich bin überzeugt, daß Jeder von uns und jeder Bürger einsteht, wie das freie Wort, seine Veröffentlichung durch die Presse, das einzige Mittel ist, Licht und Wahrheit zu verbreiten und der Regierung selbst Kunde von den Wünschen des Volkes zu geben; wie es das einzige Mittel ist, um sie endlich klar zu machen über dasjenige, was das Volk denkt und welche Gesinnungen es hegt. Denn ich nehme keinen Anstand, auszusprechen, daß die Regierung darüber im Dunkeln ist, weil sie es seyn will und sich die Möglichkeit entzieht, in die Gesinnungen des Volkes und seine Ansichten über unsere Zustände einzudringen. Eben so zuverlässig bin ich aber auch überzeugt — und ich rede hier aus meinem Innersten heraus — daß Jedermann erkennt, daß die Censur eine verderbliche, unmoralische und verächtliche Anstalt, daß sie die Mutter der Lüge, der Entstellung und des Mißtrauens ist, welches sich in das Volk mischen muß. Es ist eine verderbliche Anstalt, welche die Gedanken, die sich die Menschen mittheilen wollen, nicht bloß vernichtet, sondern verunstaltet und verkümmert und ganz andere Gedanken hinstellt, und sie ist unmoralisch, denn sie zwingt die Menschen, die doch im Interesse der guten Sache etwas sagen wollen, die Dinge so zu verdrehen, daß Entstellungen her-

auskommen müssen. Die Regierung, die uns nur die Erklärung gegeben hat, sie wolle die Instruktion festhalten, wird, wie ich glaube, fühlen, daß uns mit dieser Instruktion, die doch nicht gehalten wird, keineswegs geholfen ist. Wir glauben, ein Gesetz fordern zu dürfen, wenigstens über eine freie Besprechung der inneren Angelegenheiten. Die Regierung wird sich überzeugen, daß es zu Stande kommen kann und daß der Erfolg ein wohlthätiger seyn wird. Dabei erkläre ich aber wiederholt, daß ich auch dem weitem Commissionsantrag beitrete, der dahin geht, die Bitte an die Regierung zu stellen, sie möge bei dem Bund dahin wirken, daß die durch die Bundesakte zugesicherte Pressfreiheit uns werde. Ich hoffe, es werde auch der Bund, wenn er auf die Ereignisse blickt, die in der Welt vorgehen, von Maßregeln zurückkommen, die nothwendig gewesen seyn mögen, zu der Zeit, wo er sie erließ, wofür aber jetzt kein Anlaß mehr vorliegt. Ich hoffe daher, daß erreicht werden wird, was mit uns Tausende und abermals Tausende wollen, daß der Bund nicht durch starres Festhalten an Beschlüssen, die nur in einer bewegten, vorübergegangenen Zeit hervorgerufen wurden, die Unzufriedenheit steigere. Ich möchte dieselbe nicht auf den höchsten Punkt gesteigert wissen, indem man nicht gewiß ist, welch unangenehmen Ausbruch eine auf den höchsten Punkt getriebene Unzufriedenheit zuletzt nimmt.

Welcher. Erwarten Sie nicht, daß ich eine, der Größe und Wichtigkeit des Gegenstandes angemessene Rede vortrage. Es würde mich hieran schon die von meiner Krankheit zurückgebliebene Schwäche hindern. Wenn indessen der Herr Regierungskommissär bemerkt, es lasse sich über diesen Gegenstand nichts Neues mehr sagen, so verweise ich ihn auf die vortreffliche Abhandlung des bessischen Geheimen Staatsraths Jaupp, welche kürzlich in dem Staatslexikon erschienen ist. Dort wird er viel Neues finden. Ueberhaupt mag sich doch noch manches praktisch Neue sagen lassen von einer so naturwidrigen, allen Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Moral widersprechenden Einrichtung, wie die Censur, die durch den öffentlichen allgemeinen Unwillen getroffen wird. Jedenfalls verdient ein Punkt immer neu betrachtet zu werden, nämlich der Unterschied zwischen den etwaigen nachtheiligen Wirkungen der Pressfreiheit und den etwaigen nachtheiligen Wirkungen der Censur. Der Unterschied besteht darin, daß die Pressfreiheit mit allen ihren Nachtheilen offen am Tag liegt; die Feinde des Rechts und der Wahrheit haben bei dem geringsten Mißbrauch die Gelegenheit zu sagen: Sehet da einen Beleg für die Nachtheile der Pressfreiheit. Anders verhält es sich mit der Censur.

Die'e waltet im Dunkeln, und deshalb gehört ein prüfender und aufmerksamer Blick dazu. ihre schädlichen Wirkungen richtig zu erkennen. Die deutsche Nation ist zwar nicht außerordentlich heroisch und findet Schwierigkeiten in ihren Verhältnissen, die bei andern Völkern nicht bestehen; allein wenn sie die entsetzlichen Verletzungen, Rechtswidrigkeiten und Verderblichkeiten der Censur eben so gut durchschauen könnte wie wir, wenn sie alle Censurstriche vor Augen hätte, sie würde einen allgemeinen Ekel und Unwillen gegen

dieses bei uns bestehende Institut empfinden und laut äußern. Es herrscht aber auch in Beziehung auf die Pressfreiheit und ihre angeblichen Nachtheile ein großes Mißverständnis, das man nicht oft genug widerlegen kann. Viele meinen nämlich, alles das Böse und Unangenehme, was die Presse ausspricht, habe sie auch geschaffen. Dem ist nicht so. Die Presse ist nur der Ausdruck der Zustände, welche vorhanden sind, und es ist gut, daß es durch die Presse zu Tag kommt. In einem Nachbarstaate hat man dadurch die der Gesellschaft, der Verfassung und der Regierung feindseligen Kräfte kennen lernen; man konnte sich dagegen einigen und schützen. Dort sind durch die freie Presse edlere Richtungen in bürgerlicher, sittlicher und religiöser Hinsicht herrschend geworden und die neue Dynastie verdankt die Festigkeit des Thrones vor Allem der freien Presse. Unter der Censur dagegen waltet das Böse und da ich den Hrn. Regierungskommissär als Ehrenmann achte, so muß ich glauben, daß es ihm selbst dunkel ist, wie die Censur bei uns gehandhabt wird; sonst könnte er nicht sagen, daß die Censoren ihre Instruktion befolgen. Ich halte diese Instruktion keineswegs für befriedigend, denn sie spricht von Tendenzen und enthält Beschränkungen, von welchen weder unser Pressgesetz noch die Bundesbestimmungen etwas wissen; allein sie enthält doch einige richtige Hauptgesichtspunkte. Aber gerade diese werden nicht befolgt und deshalb besteht ein Zustand willkürlicher Unterdrückung der Gedanken, vor welchem man um so mehr erschrickt, je tiefer man in das Einzelne eingeht. Gerade in den schwierigsten Zeiten, wie bei dem unseligen Zwiespalt wegen der Urlaubfrage und nach der Auflösung des letzten Landtages, wo es galt, hell zu sehen und die verfassungsmäßigen Rechte zu wahren, der Beamtenwillführ zu steuern und jede Verletzung zu rügen, — wird die Presse ganz unterdrückt und dem Volke die Waffe der Einsicht zur Vertheidigung seiner Rechte aus der Hand genommen. Sittenverderbende Romane hindert die Censur nicht, auch nicht Schmähungen und Verläumdungen; aber die Widerlegung hindert sie, wofür mir Fälle aus der neuesten Zeit bekannt sind. Der Redner schließt mit folgender Betrachtung: Es giebt nur noch sehr wenige Länder und gewiß kein freies Land, welches sich nicht der Wohlthat einer freien Presse erfreut, dieser herrlichen Erfindung, die der deutsche Geist schuf. Frankreich und England, Schweden und Norwegen, Belgien und Holland, Portugal und Spanien, das neue Griechenland, die nord- und süd-amerikanischen Staaten und selbst die vielen Millionen, die jenseits der Meere in den Kolonien unter dem brittischen Scepter leben, genießen dieses kostbare Gut. Deutschland wird erst dann frei seyn, wenn es eine freie Presse hat. Ich sage aber ferner: Deutschland wird Pressfreiheit haben, wenn es frei wird, und diese 38 Millionen sollen, müssen und werden frei seyn, und sie werden also eine freie Presse haben. Die Frage ist nur die, ob die freie Presse und die Freiheit auf dem Wege der Geseßlichkeit und der Treue gewonnen werden, ob sie die Unterthanen ihren Regenten verdanken sollen als die Vollziehung des Fürstenwortes, das in Wien gegeben wurde, als es sich von der Abwerfung der drückendsten Schmach handelte, die auf der deutschen Nation

lastete. Die Frage ist, ob die Throne, ob die öffentliche Ordnung mit dieser entstehenden Freiheit Hand in Hand gehen werden. Allein dann müssen auch die Regierungen jest, wo die Kultur und Wissenschaft fortschreitet, wo die Eisenbahnen die Menschen schnell in Verbindung bringen, wo das Gefühl der Schmach über unterdrückte Wahrheit auf den Gemüthern lastet und der Wunsch, frei zu seyn, immer kräftiger wird, — sich nicht mit allzu langsamen Schritten bewegen, sondern denken, daß die Throne nur auf Recht und Treue ruhen. Wir wollen Recht und Treue und darum fordern wir Pressfreiheit!

Hecker. Wenn unser Ruf nach Erfüllung des 18. Art. der Bundesakte immer noch nicht erhört worden ist, so dürfen wir dennoch nicht müde werden, dasjenige zu fordern, was uns als Menschen zusteht, was uns von dem Rath der Fürsten versprochen worden ist, als mit dem Blute der deutschen Völker die Fürstenthone von dem schmachvollen Joche Napoleons befreit und wieder festgestellt wurden. Jeden Tag hört man die großen Worte ausrufen: Deutsche Nationalität; jeden Tag spricht man von dem Nationalbewußtseyn der Deutschen, welches geweckt werden soll, damit das deutsche Volk in seinem Selbstbewußtseyn als ein glänzender, gediegener Heerschold gegen das Ausland da stehe. Ist denn aber eine deutsche Nationalität, wie sie die Fürsten und Völker verlangen, denkbar, wenn der freie Gedankenaustausch unter den deutschen Bruderstämmen gehemmt ist? Es kommt mir, um ein Beispiel zu brauchen, das Verhältniß der deutschen Stämme vor, wie wenn zwei Wanderer sich begegnen. Zuerst sind sie sich fremd, dann werden sie vertrauter und zuletzt Freunde. Wodurch werden sie dies? Dadurch, daß bei ihnen ein freier Ideenaustausch statt gefunden hat. Diesen hat man uns genommen, und darum stehen wir, als Männer einer Zunge und eines Landes, halb fremd einander gegenüber. Glaubt man vielleicht von Seiten Derjenigen, welche die Presse fesseln, daß durch den Verkehr von Waarenballen die Engberzigkeit aufgehoben, oder dasjenige, was bis jetzt jeden großen Gedanken niederhält, auf commerziellem Wege befördert werde? Nimmermehr. Vorurtheile, Philistertum, Partikular- und Lokalinteressen werden sich nie ausgleichen und nie aufhören, wenn nicht Freiheit der Presse hergestellt wird. Was fürchtet man auch davon? Die den Deutschen angeborne Pietät und ihre, man darf wohl sagen, bis in's Unendliche gehende Langmuth, wird sie vor den Wirkungen überfluthender Gedankenströme bewahren. Glauben wohl die Gegner der Pressfreiheit, daß es möglich ist, diesen Ideenaustausch noch lange zu hindern, glauben sie, daß dieser Raub an dem Gedanken noch ferner begangen werden könne? Nimmermehr. In Kurzem wird sich ein Netz von Eisenbahnen über Deutschland verbreiten, und wenn es nicht möglich wäre, auf dem Weg der Presse sich auszusprechen, so wird die Mittheilung mündlich erfolgen. Hierin liegt aber auch die größte Gefahr für die Gegner der Pressfreiheit. Ein Gerücht wächst, es vergrößert sich und wird entstellt. Wenn nun ein solches Gerücht, wenn Mißbilligung einer Regierungshandlung, die den Volksrechten entgegen tritt, auf diese

Weise sich verbreitet, dann erst wird es gefährlich, weil man weder durch polizeiliche, noch durch andere Maßregeln die Fama controliren kann. Wenn dagegen die Spalten der öffentlichen Blätter den angegriffenen wie den Angreifern offen sind, dann wird das Wahre von dem Falschen, die Spreu von dem Korn sich scheiden und dem Volk möglich werden, ein eigenes, selbständiges Urtheil zu fällen. Große Fürsten haben sich selbst für die freie Gedankenäußerung erklärt, und ich verweise sie deshalb auf Friedrich den II. und Kaiser Joseph. Ich gehe aber noch weiter und rufe Ihnen einzelne Worte von Fürsten ins Gedächtniß. Friedrich Wilhelm III. sagte in einer Cabinetsordre von 1803, daß der Unterdrückung der Pressfreiheit stets ein allgemeiner Nachtheil auf dem Fuße folge, und Gustav Adolf III. von Schweden äußerte auf dem Rathhaus zu Stockholm: „Durch die Pressfreiheit erfährt ein König die Wahrheit, die man leider mit zu vieler Sorgfalt vor ihm verbirgt; dem Beamten verschafft sie den Vortheil, die verdiente öffentliche Anerkennung und Lobsprüche erhalten zu können, dem Volk aber gewährt sie den Trost, seine Klagen anzubringen und überzeugt zu werden, ob sie gegründet oder nicht gegründet sind.“ — Das sind fürstliche und königliche Worte. Wenn nun aber Fürsten und kraftvolle Regenten so gesprochen haben, warum sollen wir nicht auch so sprechen dürfen. Warum wird unsere Forderung nicht als gerecht erkannt, warum ist sie nach so langen Jahren nicht erfüllt? Durch jene Aeußerungen gekrönter Häupter komme ich auf einen Punkt, der mich am nächsten berührt.

Wenn wir einmal die freie Presse haben, dann wird der Fürst erkennen, was der Wille des Volkes ist, und ob es Vertrauen oder Mißtrauen gegen Diejenigen hat, denen er den Amtsstab anvertraut. Alsdann wird aber auch das Mißtrauen schwinden, das man zwischen Fürst und Volk zu legen sucht; alsdann wird bei Zweipaltsfragen, die zwischen Ständen und Regierung austauschen, das Vertrauen leicht wieder zurückkehren, denn man wird die wahre Meinung des Volkes erfahren; alsdann wird auch jene Verläumdung und Verdächtigung nicht vorkommen, als strebe das Volk nach Prärogativen der Krone, indem es einzig und allein seine Rechte vertheidigt. Oder glauben Sie, daß ein erzwungenes Schweigen Friede und Ruhe vorstelle? Gewiß nicht. Im Herzen des Sklaven, dem man zu klagen verbietet, wuchert der freie Gedanke fort; allein er nimmt eine gehässige und verderbliche Richtung. Niemand kann beurtheilen, wohin der Sturm sich wenden wird und keine menschliche Gewalt wird im Stande seyn, ihn zu dämpfen. Wenn wir die freie Presse fordern, so fordern wir sie darum, weil die Beschränkung der Presse nicht mehr länger bestehen kann bei den großartigen Verbindungs- und Verkehrsmitteln, wie wir sie vor unsern Augen in's Leben treten sehen. Wir verlangen sie im Interesse der Völker und der Fürsten und zur Sicherheit der Krone, die wir jederzeit schirmen wollen; wir verlangen sie aber auch, weil das Versprechen der Pressfreiheit mit dem Blute der Völker erkaufte worden ist.

(Fortsetzung folgt).